

UDO WENGST

UNTERNEHMERVERBÄNDE UND GEWERKSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND IM JAHRE 1930

Die Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in der Weimarer Republik bewegten sich in einem Spannungsverhältnis zwischen bedingter Kooperation und grundsätzlicher Konfrontation. Am Anfang stand die Zusammenarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft, die durch das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 geschaffen wurde¹. Tragfähig war dieses Abkommen jedoch nur kurze Zeit. In den harten sozialen Auseinandersetzungen der Inflationsjahre verlor es mehr und mehr an Bedeutung, und nach dem Austritt der einzelnen Gewerkschaften im Herbst und Winter 1923/24 erfolgte im Frühjahr 1924 die Selbstauflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Der Industrielle Paul Silverberg machte 1926 in einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) den Vorschlag, die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften zu erneuern, ohne sich allerdings hiermit durchsetzen zu können². Die Mehrheit der Unternehmer, vor allem der Langnamverein und die Nordwestliche Gruppe des Verbandes der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, verfochten eine entschieden andere Linie in den sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen³. Ihre Bestrebungen hatten die Schwächung, wenn nicht gar Zerschlagung, der Gewerkschaften und schließlich die autoritäre Umwandlung des Weimarer Parlamentarismus zum Ziel⁴. In der Endphase der Republik besaßen diese Kräfte im

¹ Siehe hierzu Gerald D. Feldman, *German Business between War and Revolution, The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*, Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970. Neueste Darstellung: Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus, Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914-1918* (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Düsseldorf 1974, S. 172 ff.

² Die Rede Silverbergs ist abgedruckt in: Paul Silverberg, *Reden und Schriften*, hrsg. von Franz Mariaux, Köln 1951, besonders wichtig S. 72. Hierzu Dirk Stegmann, *Die Silverberg-Kontroverse 1926, Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration*, in: *Sozialgeschichte heute*, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11), Göttingen 1974, S. 594-610.

³ Vgl. den Überblick von Gerald D. Feldmann, *The Social and Economic Policies of German Big Business, 1918-1929*, in: *The American Historical Review*, LXXV (1969), S. 47-55. Hierzu jetzt auch einige Arbeiten in dem wichtigen Sammelband: Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weishrod (Hrg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973*, Düsseldorf 1974.

⁴ In diesem Zusammenhang ist besonders auf den Bund zur Erneuerung des Reiches (Luther-Bund) hinzuweisen, der durch Spenden der genannten Industriegruppen finanziert wurde, personell mit ihnen verbunden war und mit etlichen Arbeiten teilweise namhafter Wissenschaftler zur Reichs-, Verfassungs- und Verwaltungsreform an die Öffentlichkeit trat. Eine

Unternehmerlager meistens das Übergewicht und konnten ihre politischen Vorstellungen in den Verbänden der Industrie durchsetzen. Doch gelang ihnen dies nicht unangefochten; und im Jahr 1930 gewannen vorübergehend noch einmal die Gruppen die Oberhand, die für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise eintraten. Die Verhandlungsbereitschaft der Industrieverbände wurde von der Gewerkschaftsführung erwidert, und beide Seiten kamen zu intensiven Beratungen zusammen.

Im Jahr 1930 gab es zwei voneinander unabhängige Versuche, eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften herbeizuführen. Eine nicht allzu bedeutende und ohne jedes Ergebnis bleibende Initiative ging von einem der einflußreichsten Männer der Chemieindustrie, Carl Bosch, aus. In dessen Auftrag trat im Laufe des Jahres 1930 – ein genaues Datum ist nicht überliefert – das Direktoriumsmitglied der AEG, Hermann Bücher, an Theodor Leipart, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), und an Fritz Tarnow, den Vorsitzenden der Holzarbeitergewerkschaft, heran und lud sie zu vertraulichen Besprechungen ein. Leipart und Tarnow nahmen die Einladung an und diskutierten einen ganzen Tag lang mit Bosch und Bücher. Im Verlauf dieser Aussprache erklärte Bosch, „die liberale Wirtschaft existiere nicht mehr, und es sei notwendig, neue Formen zu entwickeln“. Bosch sprach sich für die „Kontrolle und Demokratisierung der Kartelle“ und für die Errichtung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Forschungsinstitutes von Industrie und Gewerkschaften aus, als dessen Leiter er Wichard von Moellendorff vorschlug, der während des Krieges und in der Nachkriegszeit als entschiedenster Vertreter von Gemeinwirtschaftsideen hervorgetreten war⁵. Tarnow und Leipart lehnten diese Vorschläge aber ab, da sie glaubten, daß eine Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung und Unternehmern von den Arbeitern nicht gebilligt werde⁶.

Im Unterschied zum eben geschilderten Ereignis hatte ein zweiter Anlauf, eine Zusammenarbeit herbeizuführen, eine größere Bedeutung und Wirkung und führte zu ausgiebigen Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Den bisher in der Literatur vorliegenden Informationen zufolge ersuchte die Gewerkschaftsführung Anfang 1930 den Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 und ehemaligen Reichsminister Hans von Raumer, Besprechungen zwischen Gewerkschaften und den Industrieführern zu vermitteln, „um nach gemeinsamen Wegen zur Behebung der Not zu suchen“⁷. Diese Besprechungen ließen sich nach übereinstimmendem Zeugnis zunächst so hoffnungsvoll an,

gründliche Untersuchung dieses Bundes, die auch die Akten der Industriearchive heranziehen müßte, steht bisher noch aus.

⁵ Zu Wichard von Moellendorff siehe Friedrich Zunkel, *Industrie . . .*, passim.

⁶ Kurt Stechert, *Wie war das möglich? Der Ursprung des Dritten Reiches in historischer und soziologischer Beleuchtung*, Stockholm 1945, S. 349 f.; Karl Holdermann, *Im Banne der Chemie, Carl Bosch, Leben und Werk*, Düsseldorf 1953, S. 251.

⁷ Hans von Raumer, *Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, in: *Deutsche Rundschau* 80 (1954), S. 434.

daß Anfang Juni eine Einigung über eine gemeinsame Erklärung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik unmittelbar bevorstand, zu der es dann aber schließlich doch nicht gekommen ist. Über die Gründe für das Scheitern der angestrebten Kooperation werden verschiedene Meinungen geäußert. Hans von Raumer führt es darauf zurück, daß „ungeachtet des besten Willens beider Parteien“ der „Druck der sich täglich verschärfenden Krise“ eine Einigung unmöglich gemacht habe⁸. Im Gegensatz hierzu stehen die dezidierten Wertungen des ehemaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning, der in seinen Memoiren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vorwirft, „wild und planlos“ alle Versuche zerschlagen zu haben, „wieder wie 1918/19 zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Industrie zu kommen“⁹. Lothar Döhn hat schon vor dem Erscheinen der Brüning-Memoiren ein ähnliches Urteil abgegeben¹⁰, und auch Michael Schneider gelangt in seinen 1975 vorgelegten Monografien, in denen erstmals auf die Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst 1930 eingegangen wird, zu der Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit der Interessenverbände an der mangelnden Kompromißbereitschaft der Unternehmer scheiterte¹¹. Ursula Hüllbüsch weiß dagegen stärker zu differenzieren. Zwar macht auch sie einige Unternehmergruppen dafür verantwortlich, daß Anfang Juni 1930 eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen von Unternehmern und Gewerkschaften nicht zustande kam, doch weist sie gleichzeitig darauf hin, daß die Verhandlungen Ende Juni wieder aufgenommen wurden. Die Gewerkschaftsführung habe sie aber bald darauf mit dem Hinweis auf die „Forderungen der DVP im Reichstag nach Lohnabbau sowie . . . [die] Massenkündigungen in wichtigen Betrieben“ abgebrochen¹². Unbefriedigend bleibt jedoch bei Hüllbüsch, daß sie als Quellengrundlage lediglich die Deutsche Gewerkschaftszeitung heranzieht und ihre Ausführungen zu unserem Thema im Juni 1930 abbrechen.

Für alle genannten Arbeiten gilt die Feststellung, daß die Informationen über die Motive der Verhandlungspartner, den materiellen Inhalt und den Verlauf der Besprechungen nicht genügen, um darüber ein begründetes Urteil zu fällen. Eine zusammenhängende Darstellung dieses Kapitels aus den Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in der Weimarer Republik ist daher

⁸ Ebenda.

⁹ Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 176 f.

¹⁰ Lothar Döhn, *Politik und Interesse, Zur Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei (Marburger Abhandlungen zur Politikwissenschaft)*, Meisenheim am Glan 1970, S. 158.

¹¹ Michael Schneider, *Unternehmer und Demokratie, Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918–1933* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bd. 116, Bonn 1975, S. 126 ff.; ders., *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Bonn 1975, S. 56 f.

¹² Ursula Hüllbüsch, *Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise*, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, hrsg. von Werner Conze und Hans Raupach, Stuttgart 1967, S. 146 f.

ein Desiderat der Forschung. Das gilt umso mehr, als eine Einordnung dieser Vorgänge in die Politik des Kabinetts Brüning noch aussteht.

Im Februar 1930 schrieb der Zentrumspolitiker Adam Stegerwald einen Artikel, in dem er sich für die „Wiederaufrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft“ aussprach, um mit den Problemen der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise fertig zu werden¹³. Diese Forderung wurde zu einer Zeit erhoben, in der die große Koalition, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik, schon deutliche Auflösungserscheinungen erkennen ließ und ihr baldiges Ende für eingeweihte Kreise abzusehen war¹⁴. Neben Reichspräsident Hindenburg und seinem Beraterkreis sowie der Reichswehrführung arbeiteten besonders Teile der DVP, der Partei, die am stärksten die industriellen Interessen vertrat¹⁵, und die Unternehmerverbände darauf hin, die SPD aus der Regierung hinauszudrängen, da sie glaubten, nur gegen diese Partei ihre wirtschafts-, sozial- und verfassungspolitischen Vorstellungen durchsetzen zu können. Schienen unter diesen Umständen keine Chancen für eine Verwirklichung von Stegerwalds Vorschlag zu bestehen, so bewiesen die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate das Gegenteil. Denn parallel zu dem Vorgehen gegen die SPD lief der Versuch führender Industrieller, eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen. Dabei ließen sie sich von der Überlegung leiten, „daß die Gewerkschaften augenblicklich relativ vernünftig sind und daß mit ihnen schon etwas zu erreichen sei, wohingegen die sozialdemokratischen Minister scheinbar unbelehrbar seien“¹⁶.

In den letzten Tagen der Reichskanzlerschaft Hermann Müllers trat Ludwig Kastl, das Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, an den 2. Vorsitzenden des ADGB, Peter Graßmann, heran, um die Möglichkeit einer „Entgiftung der Situation“ zu erörtern. Diese Fühlungnahme erbrachte keine greifbaren Ergebnisse, da weitere Besprechungen „durch rein zufällige äußere Umstände zunächst nicht zustande kamen“¹⁷. Hans von Raumer nahm einige Wochen nach der Bildung des Präsidialkabinetts Brüning den Kontakt zu Graßmann wieder auf, und beide Seiten erörterten in einer Vorbesprechung „im kleinsten Kreise“ die jeweiligen Positionen. Im Anschluß hieran informierten die Unternehmer die Reichsregierung, die an den Gesprächen sofort lebhaftes Interesse bekundete, das in erster Linie durch die schlechte Wirtschaftslage begründet war. Entgegen den Erwartungen führender Experten hatte sich die Konjunktur im Laufe des Frühjahrs 1930

¹³ Stegerwald-Archiv Köln, Nachlaß Stegerwald, Bd. 1930 I, Nr. 720.

¹⁴ Siehe die Darstellung von Ilse Maurer, Reichsfinanzen und große Koalition, Zur Geschichte des Kabinetts Müller (1928–1930) (Moderne Geschichte und Politik, Bd. 1), Bern-Frankfurt/M 1973, S. 108 ff.

¹⁵ Zur Verflechtung von Industrie und DVP siehe Lothar Döhn, Politik . . . , passim.

¹⁶ So äußerte sich das Vorstandsmitglied des RDI, Hans Kraemer, in einer Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft am 1. 5. 1930, siehe Niederschrift Blanks über diese Besprechung, Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen (HA/GHH), 40010124/2.

¹⁷ Gradinger an Otto Braun vom 14. 6. 1930, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Otto Braun, Nr. 567.

nicht belebt. Die Steuereingänge blieben hinter den Schätzungen vom April, die der Aufstellung des Etats zugrunde lagen, weit zurück. Die Deckung des Haushaltes war infolgedessen nicht mehr gewährleistet. Die Reichsregierung faßte daher notgedrungen den Entschluß, umgehend ein neues Deckungsprogramm auszuarbeiten, das für die Bevölkerung neue Belastungen bringen mußte. In der angestrebten Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über einige zentrale Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sah das Kabinett Brüning nun aber die Möglichkeit, bei den Verbänden Unterstützung für seine Vorstellungen zu finden und damit mögliche Widerstände in der Bevölkerung und innerhalb der Parteien gegen die ins Auge gefaßten Maßnahmen zu überwinden. Reichskanzler Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald nahmen deshalb die Einladung zu einer Unterredung mit den führenden Männern des RDI und der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) an und besprachen mit ihnen das weitere Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften¹⁸.

In der zweiten Hälfte des Monats Mai trafen in der Wohnung von Raumers Verhandlungsdelegationen des ADGB sowie des RDI und der VDA zu einer ausführlichen Diskussion zusammen¹⁹. Beide Seiten legten Entwürfe für eine öffentliche Erklärung zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die ein hohes Maß an Übereinstimmung aufwiesen. Sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften sprachen sich für ein Notopfer aller Festbesoldeten zugunsten der Erwerbslosen aus, befürworteten eine gemeinsame Prüfung und Behebung der Arbeitslosigkeit und traten für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte ein. Auch in den umstrittenen Fragen der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen konnten die Standpunkte stark angenähert werden. Die Gewerkschaftsvertreter erkannten die Notwendigkeit einer Senkung der Produktionskosten und damit auch der Löhne an, verlangten aber eine fühlbare Herabsetzung der Preise. Die Preissenkung war auch das Ziel der Arbeitgeber; offen blieb jedoch die Frage, welche Seite die Vorbelastungen der Senkungsmaßnahmen tragen sollte, die Arbeitnehmer bezüglich der Löhne oder die Arbeitgeber bezüglich der Preise. Was das Versicherungswesen anbetraf, so erkannten die Unternehmer „ausdrücklich die Notwendigkeit und den Nutzen der Sozialversicherung in allen Zweigen an“, verlangten aber Reformen, was Abbau der Leistungen bedeutete. Auch in diesem Punkt lag noch eine Menge Konfliktstoff, da die Gewerkschaften ihrerseits unbedingt an der Höhe der Versicherungssätze festhalten wollten. Trotz unterschiedlicher Auffassungen zu diesen wichtigen Fragen faßten die Verhandlungspartner am Ende der Aussprache den Entschluß, den Reichspräsidenten um eine Audienz zu ersuchen, um ihm die beiden Erklärungen zu überreichen.

¹⁸ Niederschrift Meynens vom 3. 6. 1930 über die gemeinsame Besprechung des Präsidiums des RDI und des Vorstandes der VDA über einen gemeinsamen Schritt mit den Gewerkschaften beim Reichspräsidenten, Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Silverberg 457.

¹⁹ Vgl. zum folgenden die in den Anmerkungen 17 und 18 genannten Dokumente sowie die Anlage (Aufzeichnung Raumers) zum Brief Pünders an Raumer vom 31. 5. 1930, BA, R 45 I/1157.

Hindenburg sollte gebeten werden, diesen Anlaß zu nutzen, um seinerseits einen Appell an das deutsche Volk zu richten, einer „finanziellen Kraftanstrengung“ zugunsten der Erwerbslosen und einem allgemeinen Preisabbau zuzustimmen. Die Audienz wurde für den Nachmittag des 3. Juni 1930 anberaumt.

Am Morgen des 3. Juni traten das Präsidium des RDI und der Vorstand der VDA zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um das mit den Gewerkschaften ausgehandelte Ergebnis zu diskutieren²⁰. Dabei stellte sich heraus, daß die von der Unternehmerdelegation ausgearbeitete Erklärung bei einer größeren Gruppe von Industriellen teils auf vorsichtige Kritik, teils auf heftige Abwehr stieß. Während sich der Vorsitzende der VDA, Ernst von Borsig, und das Präsidiumsmitglied des RDI, Fritz Thyssen, grundsätzlich gegen jede Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aussprachen, erachteten Waldemar Braun und Georg Blohm, ebenfalls Mitglieder der Spitzengremien des RDI, die Zugeständnisse der Unternehmer als zu weitgehend und forderten als Äquivalent für ihr Entgegenkommen die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und eine stärkere Betonung der Notwendigkeit von Lohnsenkungen. Der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller, Wilhelm Wittke, erhob Bedenken gegen das Tempo des Vorgehens, und Bücher verlangte schließlich als Voraussetzung für eine Fortsetzung der Aktion die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Erklärung, „in der festgestellt wird, daß die Rückkehr zum kapitalistischen System unumgänglich sei, um die Gesamtwirtschaft zu retten“. Da eine Einigung auf den vorliegenden Text nicht möglich war, schlug Paul Silverberg vor, die Audienz beim Reichspräsidenten zu verschieben und mit den Gewerkschaften erneut zu verhandeln. Die Anwesenden stimmten diesem Vorschlag einstimmig zu²¹ und beauftragten ein Redaktionskomitee unter der Leitung von Hermann Bücher, die Erklärung zu überarbeiten und sie dann den Gewerkschaften zur Stellungnahme vorzulegen.

Das Scheitern der Audienz beim Reichspräsidenten am 3. Juni brachte die Reichsregierung in eine schwierige Lage. Das schon von Anbeginn an gezeigte Interesse an den Bemühungen der Unternehmer und Gewerkschaften, zu einer Einigung zu gelangen, hatte sich inzwischen noch verstärkt. Besonders Reichskanzler Brüning maß den Verhandlungen großes Gewicht bei. Am 3. Juni erklärte er im Kabinett, daß die Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften „nach seiner Überzeugung . . . die unbedingte Voraussetzung für einen Erfolg der Reichspolitik“ sei²². Als die Aktion in den ersten Junitagen dann nicht wie erwartet zum Abschluß gelangte, glaubte die Regierung, mit ihrem Deckungsprogramm aber nicht mehr länger warten zu können, und gab es am 5. Juni der Öffentlichkeit

²⁰ Vgl. Niederschrift Meynens vom 3. 6. 1930 (Anm. 18).

²¹ Nach der Absage vom 3. 6. hielt sich Hindenburg noch bis zum Nachmittag des 5. 6. für eine Audienz bereit. Am Abend des 5. 6. reiste Hindenburg aus Berlin ab, schrieb aber vorher noch eine Erklärung nieder, die veröffentlicht werden sollte, wenn sich Unternehmer und Gewerkschaften doch noch einigen sollten; siehe Notiz Blanks über eine Mitteilung Kastls vom 5. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/10b.

²² Niederschrift über die Sitzung des Reichsministeriums vom 3. 6. 1930, BA, R 43 I/1444.

bekannt. Die Presse reagierte darauf mit einem Sturm der Entrüstung; und auch innerhalb der DVP, einer der Regierungsparteien, erhob sich heftiger Widerspruch, der sich hauptsächlich gegen das Notopfer der Festbesoldeten richtete²³.

Die scharfe Kritik blieb jedoch nicht nur auf einzelne Punkte des Regierungsprogramms beschränkt. In einigen Gruppierungen im Unternehmerlager und den ihnen nahestehenden Parteien gewann in diesen Tagen die Überzeugung an Boden, daß das Kabinett Brüning doch nicht die Männer habe, um „der außerordentlich schwierigen Lage der Wirtschaft und Reichsfinanzen . . . mit ebenso außerordentlichen Maßnahmen“ zu begegnen²⁴. Hinter den Kulissen kursierten bereits Namen von möglichen Nachfolgern Brünings. Genannt wurden der Reichsbankpräsident Hans Luther, dessen Vorgänger Hjalmar Schacht und der Oberbürgermeister von Essen, Franz Bracht²⁵. Vor allem die Kandidatur Luthers, der schon im Winter 1929/30 vom rheinisch-westfälischen Arbeitskreis der DVP und auch von Parteiführer Scholz als Kanzler eines Präsidialkabinetts ins Auge gefaßt worden war²⁶, fand eine Reihe von Fürsprechern²⁷. Luther, der selbst durchaus Ambitionen auf die Reichskanzlerschaft hatte²⁸, hielt sich jedoch zurück, da er und die ihn stützenden Kreise der Wirtschaft „seine Zeit für noch nicht gekommen“ hielten²⁹. Wenn aus diesen und anderen Gründen die Pläne, Brüning als Reichskanzler durch einen neuen Mann zu ersetzen, vorerst keine Aussicht auf Verwirklichung hatten, so gelang es der DVP aber immerhin, das Kabinett Brüning in eine erste Krise zu stürzen, indem sie Finanzminister Moldenhauer, selbst Mitglied der DVP, zum Rücktritt zwang³⁰. Brüning mußte sein Kabinett umbilden; und er sah sich darüber hinaus gezwungen, das vorliegende Deckungsprogramm zurückzuziehen und Moldenhauers Nachfolger, den DDP-Politiker Hermann Dietrich, zu beauftragen, ein neues Programm auszuarbeiten.

Währenddessen liefen die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften weiter. Das Redaktionskomitee, das in der Sitzung vom 3. Juni von den Vorständen des RDI und der VDA eingesetzt worden war, arbeitete einen Tag später einen Text für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmern und Gewerk-

²³ Vgl. die Schilderung Moldenhauers in seinen unveröffentlichten Erinnerungen, BA, Nachlaß Moldenhauer 3. Ebenfalls Pünder an Dietrich vom 10. 6. 1930, BA, Nachlaß Pünder 131.

²⁴ Vertraulicher Bericht (von Gattineau?) für Carl Duisberg vom 6. 6. 1930, BA, Werksarchiv Bayer-Werke Leverkusen (BA/BL), RDI, 62/10.3b.

²⁵ Gattineau an Duisberg vom 18. 6. 1930, BA/BL, RDI, 62/10.b.

²⁶ Gilsa an Reusch vom 25. 1. 1930 und vom 29. 1. 1930, HA/GHH, 400101293/4a. Vgl. auch die Niederschrift Walther Jäneckes über eine Unterredung mit Luther vom 9. 3. 1930, BA, Nachlaß Luther 365. Niederschrift ausführlich besprochen von Tilman P. Koops, Heinrich Brünings „Politische Erfahrungen“, Zum ersten Teil der Memoiren, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 24 (1973), S. 211 ff. Hierzu auch Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Berlin 1975, S. 533 f.

²⁷ Blank an Reusch vom 5. 7. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

²⁸ Siehe Niederschrift Jäneckes vom 9. 3. 1930 (Anm. 26).

²⁹ Reusch an Blank vom 7. 8. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

³⁰ Hierzu ausführlich die Darstellung Moldenhauers in seinen Erinnerungen, BA, Nachlaß Moldenhauer 3.

schaften aus³¹. Am 5. Juni diskutierten die Führungen des RDI und der VDA die Ausarbeitung und erteilten ihre Zustimmung. Ernst von Borsig versuchte im Verlauf der Aussprache, seine Kollegen dafür zu gewinnen, in die Erklärung auch die Forderung nach der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen aufzunehmen. Das lehnten die anderen Industriellen übereinstimmend ab. Sie ließen sich aber zu dem schriftlichen Versprechen überreden, in den weiteren Verhandlungen für die Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung zu kämpfen³².

Am 6. Juni legte die Verhandlungsdelegation der Industrieverbände den Gewerkschaftsführern den neu erarbeiteten Entwurf vor. Gewisse Passagen, die die Forderung nach Senkung der öffentlichen Belastungen der Produktionskosten und die Feststellung enthielten, daß den Arbeitgebern an einer Lohnsenkung nichts gelegen sei, „wenn nicht gleichzeitig die Kaufkraft der großen Masse erhalten und für die Folge noch weiter gesteigert wird“, fanden durchaus die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter. Dennoch waren Chancen für eine Einigung kaum gegeben. Einmal verstörten die Unternehmer ihre Gesprächspartner, als sie, entsprechend der Zusage an Borsig, im Verlauf der Diskussion „die Frage der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in den Vordergrund“ stellten³³; zum anderen mußten die Gewerkschaftsvertreter darauf hinweisen, daß sich ihre Verhandlungsposition durch die starke Kampagne in der Presse, die aufgrund von Indiskretionen hervorgerufen worden war, und durch die Veröffentlichung des Regierungsprogramms verschlechtert habe und sie mit starken Widerständen im eigenen Lager zu rechnen hätten³⁴.

Am Morgen des 13. Juni kamen beide Parteien zu einer neuen Besprechung zusammen, in der die Gewerkschaftsvertreter nun ihrerseits einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung vorlegten. Es stellte sich jedoch schnell heraus, daß eine Zustimmung der Unternehmer zu diesem Text nicht zu erreichen war, da die Gewerkschaften hierin u. a. eine Ausdehnung des Notopfers auf alle Personen forderten, die von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßt wurden, und eine forcierte Aufnahme ausländischen Kapitals durch die öffentlichen Körperschaften verlangten. Dazu kamen noch unterschiedliche Auffassungen über die Reform des Versicherungswesens sowie über die Frage, ob der Preisabbau oder der Lohnabbau vorrangig betrieben werden müsse. Eine Einigung über diese Punkte erwies sich als unmöglich, und beide Parteien hielten unbeirrt an ihrem jeweiligen letzten Entwurf als äußerstes Zugeständnis an die andere Seite fest. Sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Gewerkschaftsführern bestand jedoch die Bereitschaft, weiterhin nach gemeinsamen Wegen zur „Überwindung der Schwierigkeiten“ zu suchen. So wurde abschließend eine Pressenotiz ausgearbeitet, in der es hieß, daß in

³¹ Herle an Duisberg vom 4. 6. 1950 mit Anlage, BA/BL, RDI, 62/10.3b.

³² Notiz Blanks über eine Mitteilung Kastls vom 5. 6. 1950, HA/GHH, 400101295/10b.

³³ Gradinger an Otto Braun vom 14. 6. 1950 (Anm. 17).

³⁴ Stenografische Niederschrift der Sitzung der Vorstände des RDI und der VDA vom 13. 6. 1950, BA/BL, RDI, 62/10.3b; ebenfalls Aufzeichnung Blanks über die gemeinsame Vorstandssitzung des RDI und der VDA vom 13. 6. 1950, HA/GHH, 400101293/10b.

den wochenlangen Beratungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zwar von beiden Seiten verschiedene Auffassungen über die Ursachen und Auswege aus der Krise zutage getreten seien, daß aber „weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen Ergebnissen“ führen könnten und daher die Verhandlungen fortgesetzt würden³⁵.

Am Nachmittag des 13. Juni diskutierten die Vorstände des RDI und der VDA den bisherigen Verlauf und das vorliegende Ergebnis der Verhandlungen³⁶. Die stenografische Niederschrift über die Besprechung zeigt die unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Positionen, Meinungen und Absichten im Unternehmerlager auf. Nach dem einleitenden Bericht über die Verhandlungen des Vormittags strich Raumer als erstes Ziel der zunächst beabsichtigten Aktion die Pressuren auf die Reichsregierung heraus, die öffentlichen Lasten zu senken. Auf diesem Gebiet sei eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unbedingt erforderlich, „um eine Stoßkraft zu erzielen, die in der Lage ist, die Regierung zu wirklich entscheidenden Schritten zu veranlassen“. Hans von Raumer bedauerte daher lebhaft, daß eine Einigung über die zuerst vorliegenden Erklärungen gescheitert war. Diese Auffassung wurde von Ernst von Borsig, Georg Blohm u. a. nicht geteilt. Sie äußerten ihre Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und sahen darin, daß sich eine Einigung mit den Gewerkschaften zunächst einmal zerschlagen hatte, einen großen Vorteil für die Unternehmer. In welche Richtung die Hoffnung dieser Männer ging, machte unverhohlen der schlesische Industrielle Konrad Piatscheck klar. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Stellung der Gewerkschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu stark sei, um mit ihnen zu verhandeln. Zunächst müsse überall im Lande ein harter Konfrontationskurs in den Tarifauseinandersetzungen gesteuert und bis zum äußersten durchgehalten werden. Man müsse eine Lage schaffen, in der die Arbeiterschaft an der Gewerkschaftsführung irre werde. Piatscheck rechnete damit, daß die Arbeiter dann von den Gewerkschaften abwandern und sich in ihrer Mehrzahl den wirtschaftsfriedlichen Gruppen anschließen würden. Damit rief er jedoch heftigen Widerspruch hervor. Der Direktor des Tiefdrucksyndikats und stellvertretende Vorsitzende des RDI, Hans Kraemer, und Raumer befürchteten bei einem solchen Vorgehen sowohl eine Radikalisierung der Gewerkschaften als auch ein Abwandern der Arbeiter zu den Kommunisten. Der größte Teil der Anwesenden stimmte offensichtlich mit dieser Meinung überein, denn die Mehrzahl der Diskussionsredner sprach sich für eine Fortsetzung der Verhandlungen aus. Als Themen hierfür wurden neben der Senkung der öffentlichen Lasten die Reform des gesamten Versicherungswesens, die Arbeitszeitfrage und der Zusammenhang von Lohn- und Preissenkung genannt. Was den letzten Punkt anbetraf, so ergaben sich einige Meinungsverschiedenheiten über die von den Unternehmern einzunehmende Haltung. Während eine Gruppe jede Diskus-

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

sion über eine Preissenkung für verhängnisvoll hielt, betonte vor allem Ernst Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Lohnsenkung ohne Preissenkung nicht durchgesetzt werden könne. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der VDA, Brauweiler, wies auf die fehlende Möglichkeit für die Produktionsbetriebe hin, die Preisgestaltung der Konsumartikel zu beeinflussen. Er schlug daher vor, in einem zweiten Schritt Vertreter des Handels an den Besprechungen zu beteiligen, um dann die Preisgestaltung des Einzelhandels „auf Herz und Nieren“ zu prüfen. Brauweiler glaubte, daß die Handelsspannen in vielen Fällen zu hoch angesetzt seien, und er hoffte, mit Hilfe der Gewerkschaften Druck auf den Handel ausüben zu können, die Preise herabzusetzen. Schließlich vertrat Brauweiler, unterstützt von Hans von Raumer, noch die Ansicht, daß außerdem der Versuch gemacht werden sollte, zusammen mit den Gewerkschaften auch Einfluß auf die Preisgestaltung der Landwirtschaft auszuüben.

Die im Verlauf der Diskussion hervorgehobenen gemeinsamen Interessen gegenüber Regierung, Handel und Landwirtschaft, die als Grundlage einer Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften durchaus tragfähig zu sein schienen, hielten jedoch selbst einen Mann wie Hans von Raumer nicht davon ab zu fordern, in den kommenden Tarifauseinandersetzungen keine Rücksicht auf die weiteren Verhandlungen zu nehmen, die Tarife zum jeweiligen Termin zu kündigen und Lohnsenkungen durchzusetzen. Eine radikale Richtung verlangte gar, gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, „Tarifverträge auch während der Laufzeit zu kündigen und in Lohnsenkungsverhandlungen einzutreten“. Sie konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Denn ein solcher Schritt beschwor nicht nur die Gefahr „allergrößter Beunruhigung“ herauf, wie die Mehrheit der Unternehmer betonte³⁷, sondern hätte außerdem jegliche weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften von vornherein torpediert. Die Aussichten auf eine Einigung mit den Gewerkschaften waren jedoch auch nach Ablehnung der radikalen Forderung nicht gerade günstig, da sich die Unternehmer grundsätzlich auf ein zweigleisiges Vorgehen einigten: einerseits Konfrontation in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen, andererseits Kooperation in allgemeinen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Diese Haltung mußte das Verhältnis zu den Gewerkschaften zunehmend belasten und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit verschlechtern³⁸.

Das vorläufige Ende der Kooperationsversuche von Unternehmern und Gewerkschaften kam unter diesen Voraussetzungen sehr schnell. Als die Delegationen beider Seiten am 24. Juni zu einer erneuten Besprechung zusammenkamen, erklärten

³⁷ Blank an Reusch vom 17. 6. 1930, HA/GHH, 4001012024/7; Gilsa an Reusch vom 17. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/4a. Prominentester Vertreter dieser Richtung war der ehemalige Staatssekretär und Mitglied der DVP-Reichstagsfraktion Schmid.

³⁸ Von den Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen, die im Verlauf der eben geschilderten Diskussion auftraten, ist in der Darstellung Schneiders, *Unternehmer ...*, S. 126, nicht mehr viel zu finden. Er versucht vielmehr den Anschein zu erwecken, als ob innerhalb der Unternehmerschaft eine nahezu einheitliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bestanden habe.

die Gewerkschaftsvertreter, daß sie eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht für zweckmäßig hielten, „weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben“ seien. Die Gewerkschaftler wiesen in diesem Zusammenhang besonders auf den Schiedsspruch von Oeynhausen³⁹, die Anträge der DVP im Reichstag auf Lohnabbau und die „Massenkündigungen in der Nordwestlichen Gruppe“ hin⁴⁰. Am 26. Juni veröffentlichte der ADGB im „Vorwärts“ eine ausführliche Stellungnahme zum Verlauf der Verhandlungen, in der er vor allem der Schwerindustrie vorwarf, durch ihre intransigente Haltung in Fragen des Lohnabbaus eine Einigung verhindert und eine Fortsetzung der Verhandlungen sinnlos gemacht zu haben⁴¹. Auf diese Veröffentlichung antwortete der RDI mit einer eigenen Erklärung, in der die Darstellung der Gewerkschaften über die Ursachen des Scheiterns der Verhandlungen zwar entschieden zurückgewiesen, die Tür zu weiteren Verhandlungen aber bewußt offengehalten wurde. Die Unternehmer würden sich, so hieß es in der Erklärung, „angesichts des so tiefen Ernstes der Lage, über den sie sich völlig klar sind, einer Anregung der Gewerkschaften, die unmittelbaren Verhandlungen wieder aufzunehmen, nicht versagen“⁴².

Diese Anregung blieb allerdings aus. Die innenpolitischen Vorgänge der nächsten Wochen, die zur Auflösung des Reichstags führten, ließen das Interesse beider Seiten an einer Fortführung der Aussprache in den Hintergrund treten. Gewerkschaften und Unternehmerverbände konzentrierten sich nun ganz auf den Reichstagswahlkampf, und beide Seiten versuchten durch Unterstützung der ihnen nahestehenden Parteien die eigene Position zu verbessern. Erst als das Ergebnis der Septemberwahl vorlag, die zwar eine große Verschiebung der parteipolitischen Konstellation gebracht, aber die Möglichkeit, durch Mehrheitsbeschluß im Parlament notwendige politische Entscheidungen zu fällen, vermindert hatte, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Die Initiative ging diesmal von Reichsarbeitsminister Stegerwald aus, der zunächst führende Persönlichkeiten aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager zu getrennten Besprechungen in seinem Ministerium empfing, um dann beide Seiten unter seinem Vorsitz zu gemeinsamen Aussprachen zu bitten⁴³.

Die erste Zusammenkunft, über die Aufzeichnungen vorliegen, fand am 12. November 1930 im Reichsarbeitsministerium statt⁴⁴. Stegerwald, der in Begleitung

³⁹ Der Schiedsspruch von Oeynhausen leitete den Lohnabbau ein. Am 10. 6. 1930 wurde er von Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt.

⁴⁰ „Vorwärts“ vom 25. 6. 1930.

⁴¹ „Vorwärts“ vom 26. 6. 1930.

⁴² Rundschreiben Herles vom 27. 6. 1930, BA/BL, RDI, 62/10.3c.

⁴³ Protokoll der 9. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 12. und 13. 10. 1930: Ausführungen Graßmanns, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften Düsseldorf (WwIG).

⁴⁴ Aufzeichnung über eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium vom 12. 11. 1930, Nachlaß Silverberg 248 und BA/BL, RDI, 62/10.8; Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCGD) vom 13. 11. 1930,

der Staatssekretäre Trendelenburg und Geib erschienen war, wies darauf hin, daß sich die Reichsregierung eingehend mit der Preisfrage beschäftige. Auf diesem Gebiet strebe das Kabinett eine Vereinbarung von Unternehmern und Gewerkschaften an, damit gesetzliche Eingriffe vermieden werden könnten. Die Einigung müsse allerdings schnell erfolgen, da die prekäre Kreditlage, die infolge des Ausganges der Reichstagswahl entstanden sei, umgehend Maßnahmen erfordere. Die Ausführungen der anwesenden Industrievertreter zu dem von Stegerwald angeschnittenen Problem waren insofern übereinstimmend, als sie die Preissenkung mit dem Lohnabbau verknüpften. Ihre Vorstellungen über die zu treffenden Maßnahmen wiesen indessen erhebliche Unterschiede auf. So betonte Silverberg als Voraussetzung für eine Beseitigung der wirtschaftlichen Depression nachdrücklich die Notwendigkeit einer Senkung der Selbstkosten der Produktion, insbesondere der Löhne. Das Lohnniveau könne jedoch nur gesenkt werden, wenn die „Artikel des täglichen Bedarfs“ billiger würden. Das erschien Silverberg durch eine Reduzierung der Handelsspannen aber durchaus möglich. Auch Müller-Oerlinghausen, erster stellvertretender Vorsitzender der VDA und Vorstandsmitglied des RDI, wies auf das Problem der Selbstkosten hin, erklärte aber, daß einer Senkung der öffentlichen Lasten vor der Lohnsenkung Priorität eingeräumt werden müsse. Mit Silverberg stimmte er darin überein, daß ein Lohnabbau nur dann möglich sei, wenn zur gleichen Zeit die Preise heruntergingen. Lohnabbau forderte auch Borsig; doch gingen seine Vorstellungen über die seiner Kollegen hinaus. Er verlangte ein Abgehen „von dem starren System der staatlich beeinflussten Löhne“, was die Beseitigung der Unabdingbarkeit von Tarifverträgen und das Ende der Verbindlichkeitserklärung bedeutete. Die anwesenden Gewerkschaftler – im Gegensatz zum Frühjahr waren diesmal von Beginn an auch Vertreter der Christlichen und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften an den Besprechungen beteiligt – hielten sich in der Diskussion zurück, betonten die Vordringlichkeit von Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit wie Arbeitsstreckung, Einführung des neunten Schuljahres sowie Arbeitsdienstpflicht und versuchten darüber hinaus – allerdings ohne Erfolg – von den Arbeitgebern eine Zusicherung zu erhalten, daß in den Tarifaueinandersetzungen zunächst ein weiterer Lohnabbau zurückgestellt werde. Zum Abschluß der Aussprache wurde beschlossen, wenige Tage später mit Sachverständigen der Konsumvereine und Warenhäuser Fragen der Preisgestaltung zu erörtern, um Ende des Monats November die Diskussion zwischen Unternehmern und Gewerkschaften fortzusetzen.

Vergleicht man den Verlauf dieser Aussprache mit den Verhandlungen im Frühsommer des Jahres, so stellt man fest, daß sich die Themen und die Positionen der Teilnehmer kaum geändert haben. Die Reichsregierung versuchte nach wie vor, eine Basis für ihre Vorhaben bei Unternehmern und Gewerkschaften zu finden, um damit ihre Stellung gegenüber der Öffentlichkeit und den Parteien zu stärken, die

BA, Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Vgl. auch Michael Schneider, Unternehmer . . . , S. 127.

sich infolge des Ausgangs der Septemberwahl im Vergleich zum Frühsommer noch verschlechtert hatte. Die Haltung der Industrievertreter spiegelt die unterschiedlichen Auffassungen im Unternehmerlager wieder, wie sie auch schon im Juni bestanden hatten. Da waren auf der einen Seite Silverberg und Müller-Oerlinghausen, die versuchten, die Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, indem sie auf gemeinsame Interessen gegenüber dem Staat (Senkung der öffentlichen Lasten) und dem Handel (Senkung des Preisniveaus für Konsumartikel) hinwiesen und den Lohnabbau nur im Zusammenhang mit dem Preisabbau in Angriff nehmen wollten. Auf der anderen Seite stand Borsig, der an für die Gewerkschaften nicht akzeptablen Forderungen festhielt. Die Gewerkschaftsführer erklärten wie zuvor, daß für sie das Verhalten der Arbeitgeber in den Tarifaueinandersetzungen im Vordergrund des Interesses stehe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erzielten Unternehmer und Gewerkschaftler schnell eine Einigung über einen Preisabbau und setzten ihn im Zusammenwirken mit der Reichsregierung – wenn auch in bescheidenem Ausmaß – gegenüber dem Handel durch⁴⁵. Dagegen tauchten bei der Diskussion über die Arbeitsstreckung, die Lohnfrage und die Einführung des 9. Schuljahres einige Schwierigkeiten auf⁴⁶, die aber überwunden wurden, so daß sich die beiden Verhandlungsdelegationen am 9. Dezember 1930 auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten⁴⁷, die sich vor allem mit Fragen des weiteren Preis- und Lohnabbaus sowie der Arbeitszeitregelung befaßte. Hierin gestanden die Gewerkschaften den Arbeitgebern zu, freiwillig die Notwendigkeit von Lohnsenkungen in den jeweiligen Branchen prüfen zu wollen (Punkt 4). Die Unternehmer kamen den Gewerkschaften dafür auf anderen Gebieten entgegen. So machten sie sich die Forderung zu eigen, daß die Preissenkung bei industriellen Produkten forciert sowie auf die landwirtschaftlichen Güter und handwerklichen Leistungen ausgedehnt werden müsse. Sie erkannten die Notwendigkeit der Erhaltung von Tarifverträgen an und stellten eine „vorübergehende Kürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich . . . als Notmaßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes“ in Aussicht. Ferner wurde von den Unternehmern anerkannt, daß vor der Durchführung von Entlassungen die Einführung von Kurzarbeit angestrebt und die Ableistung von Überstunden soweit nur irgendmöglich eingeschränkt werden solle. Schließlich stimmten die Arbeitgeber noch der Meldepflicht in der Arbeitsvermittlung zu⁴⁸.

Bei einem Vergleich mit den verschiedenen Entwürfen, die im Juni 1930 ausge-

⁴⁵ Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 228.

⁴⁶ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des GCGD vom 4. 12. 1930, BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte.

⁴⁷ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des GCGD vom 10. 12. 1930, BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte.

⁴⁸ Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG. Ein unfertiger Entwurf der gemeinsamen Erklärung liegt im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam (ZStA), RWM, 10329/Bl. 92-97.

arbeitet wurden, fällt auf, daß die oben beschriebene Erklärung erheblich konkreter gefaßt ist, aber auch eine andere Verteilung der Gewichte aufweist. Die Senkung der öffentlichen Lasten, im Juni noch einer der Kernpunkte, wird nur als eine von mehreren Maßnahmen zum Preisabbau genannt. Dafür spielt nun die Lohnsenkung, die im Frühsommer noch deutlich hinter der Belastung der Produktion durch die öffentlichen Abgaben zurückstand, eine zentrale Rolle. Ein wichtiger Punkt in allen Entwürfen vom Juni, die Anerkennung der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen, fehlt in den Ausführungen vom Dezember völlig. An ihrer Stelle stehen die Zugeständnisse der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage, die positive Stellungnahme zu den Tarifverträgen und die Anerkennung der Meldepflicht in der Arbeitsvermittlung. Obwohl diese Punkte für die Gewerkschaften einen hohen Stellenwert besaßen, ist die Ausklammerung des Problems der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen für die Gewerkschaften ein deutlicher Rückschritt gegenüber den Erklärungsentwürfen vom Frühsommer. Diese Entwicklung darf als Indiz für die inzwischen eingetretene Machtverschiebung zugunsten der Unternehmer gewertet werden.

Über die Vorgänge, die sich nach der Bekanntgabe der von beiden Seiten streng vertraulich behandelten Erklärung in den Vorständen des RDI und der VDA abspielten, besitzen wir keine näheren Informationen. Es kann lediglich festgestellt werden, daß das Ergebnis der Beratungen mit den Gewerkschaften sehr umstritten gewesen sein muß, denn der Vorstand der VDA verhandelte zwei Tage lang, ehe er eine Stellungnahme abgeben konnte⁴⁹. Er wie auch der Vorstand des RDI stimmten der Erklärung grundsätzlich zu, verlangten aber einige Änderungen im Text, die jedoch vom Bundesvorstand des ADGB zurückgewiesen wurden⁵⁰. Die Verhandlungsdelegationen von Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten daraufhin, das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Gewerkschaften abzuwarten und am 15. Dezember 1930 zu einer erneuten Aussprache zusammenzukommen⁵¹.

Die Vorstände der Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften billigten die vorliegende Erklärung. Auch der Bundesvorstand des ADGB erteilte ihr mit acht gegen drei Stimmen seine Zustimmung. Sie lag alsdann dem Bundesausschuß des ADGB am 14. und 15. Dezember zur Beratung und Beschlußfassung vor⁵².

⁴⁹ Brauweiler an die Mitglieder des Vorstandes der VDA vom 15. 12. 1930, Nachlaß Silberberg 457. Von den Widerständen gegen die Annahme der Erklärung innerhalb der Arbeitgeberverbände erfuhr auch Otte Ende Dezember. Am 29. 12. 1930 teilte er in einem Rundschreiben mit: „Ich weiß aus absolut zuverlässiger Quelle, daß ein erheblicher Teil im Arbeitgeberlager gegen die Vereinbarung war und daß es nicht leicht gewesen ist, eine Mehrheit dafür zu gewinnen.“ BA, Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Siehe auch Michael Schneider, *Unternehmer*, S. 129.

⁵⁰ Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG.

⁵¹ Kastl an Reusch vom 15. 12. 1930, HA/GHH, 400101220/10a.

⁵² Zum folgenden: Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG.

Die Besprechung in diesem Gremium begann mit allgemeinen Ausführungen Leiparts zur politischen und wirtschaftlichen Lage. Daraufhin gab Franz Spliedt, Sachbearbeiter im Vorstand des ADGB, eine Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen mit den Unternehmern, die er mit den bemerkenswerten Sätzen abschloß: „Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint . . . zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.“ Dieser positiven Beurteilung der Verhandlungen schloß sich Leipart an, der noch einmal alle Zugeständnisse der Unternehmer aufzählte, nachdrücklich die Annahme der Erklärung empfahl und dann die Diskussion freigab.

Im Verlauf dieser Diskussion stellte sich schnell heraus, daß nahezu alle Vertreter der Fachverbände der Empfehlung Leiparts nicht folgen wollten und die Vereinbarung entschieden ablehnten. Diese Haltung wurde hauptsächlich bestimmt durch das tiefe Mißtrauen, das die Abgesandten der einzelnen Verbände den Arbeitgebern entgegenbrachten. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Arbeitgeber in den Tarifaueinandersetzungen mit den Bestrebungen nicht übereinstimme, für die die Unternehmer in der Erklärung eintreten würden. Auch die Feststellung Leiparts, er habe von Kastl die Zusicherung erhalten, „daß eine Vereinbarung zwischen beiden Spitzenorganisationen auch die Unternehmerverbände in der Arbeitgebervereinigung binde“, blieb auf die Einstellung der Anwesenden ohne Wirkung. In dieser Situation zeigten sich die Folgen der Entscheidung der Unternehmer vom Juni 1930, gegenüber den Gewerkschaften mit einer Doppelstrategie vorzugehen: einerseits Konfrontation in den Tarifaueinandersetzungen, andererseits Kooperation in allgemeinen wirtschaftlichen Fragen.

Zu dem ganz allgemein vorhandenen Mißtrauen gegenüber den Unternehmern kam noch die massive Kritik an dem Punkt der Erklärung, der den Gewerkschaften die freiwillige Prüfung der Notwendigkeit von Lohnsenkungen auferlegte. Von verschiedenen Seiten wurde behauptet, daß dieses Entgegenkommen von den Arbeitern nicht verstanden werden und dadurch die Gewerkschaftsführung bei den Massen an Vertrauen verlieren würde. Der Stimmung der Vertreter der Fachverbände gaben der Delegierte der Baugewerkschaft, Scheibel, und der Abgesandte der Textilgewerkschaft, Feinhals, wohl am besten Ausdruck, als der eine sagte: „Wir wollen keine neue Arbeitsgemeinschaft“, und der andere vor einem „Burgfrieden“ warnte, der für die Gewerkschaften „sehr gefährlich“ werden könne.

Gegen diese Haltung kämpfte der Bundesvorstand einen verzweifelten Kampf. Eggert und Tarnow betonten nachdrücklich, daß das Angebot der Unternehmer zum „Burgfrieden“ in der augenblicklichen Situation, in der die Waffe des gewerkschaftlichen Kampfes stumpf geworden sei und die Unternehmer alle wirtschaftliche Macht in Händen hielten, angenommen werden müsse. Die Vertreter der Fachverbände wurden darauf hingewiesen, daß die Sicherung des Tarifwesens durch die Vereinbarung einen großen Erfolg für die Gewerkschaften bedeute und daß freiwillige Konzessionen von Gewerkschaftsseite in den Lohnverhandlungen

den Gewerkschaften mehr Einfluß auf die Lohngestaltung bewahrten, als wenn die Löhne durch staatliches Dekret gesenkt würden. Außerdem habe in den letzten Wochen bei den Lebensmitteln ein beträchtlicher Preisabbau stattgefunden. Diese Tatsache müsse sich auf die Lohnhöhe auswirken. Schließlich äußerten Leipart, Eggert und Tarnow, daß der Bundesvorstand in den Verhandlungen auch „die allgemeinen wirtschaftlichen und staatspolitischen Zustände“ habe berücksichtigen müssen. Zur Konkretisierung dieser Aussage erklärten Tarnow und Wels, daß das weitere Schicksal des Kabinetts Brüning ungewiß erscheine und es sich auf die Dauer auf der gegenwärtigen Basis wohl nicht halten können. Was aber nach Ansicht der Gewerkschaftsführung nach dem Sturz Brünings zu erwarten stand, beschrieb Graßmann mit nahezu prophetischen Worten: „Geht die Regierung Brüning, dann wird ein Beamtenkabinett folgen und schließlich eine Diktaturregierung gegen uns.“ In der anstehenden Entscheidung gehe es daher „um den Bestand . . . [der gewerkschaftlichen] Mitwirkung auf allen Gebieten der Sozialpolitik“. Deshalb sei es notwendig, einen großen „Block zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern“ zu schaffen, der politisch eine „außerordentliche Bedeutung“ erlangen würde.

Diese Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck auf die Abgesandten der Fachverbände, konnten aber keinen entscheidenden Stimmungsumschwung herbeiführen. Die Mehrheit stand auch weiterhin auf dem Standpunkt, den Bernhard, ein Vertreter der Baugewerkschaft, so formulierte: „Die Annahme der Vereinbarung bedeutet die Preisgabe aller bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften . . . Viel zu oft haben die Gewerkschaften ihre besonderen beruflichen Interessen hinter die allgemeinen staatspolitischen Interessen gestellt . . . Unsere Verantwortung muß da enden, wo das Interesse unserer Organisationen auf dem Spiele steht.“

Mit ihrem leidenschaftlichen Plädoyer für die Annahme der Vereinbarung und ihrer nachdrücklichen Beschwörung der heraufziehenden politischen Gefahren erreichte die Gewerkschaftsführung lediglich, daß der Bundesausschuß eine Entscheidung vertagte und die Erklärung an die einzelnen Gewerkschaftsvorstände verwies, die um ihre baldige Stellungnahme gebeten wurden. Das Ergebnis der Aussprache kleidete Eggert in die resignierende Feststellung: „In der Regel entscheiden wir uns, wenn es zu spät ist.“⁵³

⁵³ Es ist ein Mangel an Schneiders Arbeiten, daß er auf diese wichtige und hochinteressante Aussprache nicht näher eingeht, sondern sich damit begnügt, die Feststellung Spliedts über „eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums“ zu zitieren und im Anschluß daran folgenden Satz niederzuschreiben: „Zeigt sich in dieser Formulierung einerseits die Hoffnung, die Situation trotz der Absage der Gewerkschaften offenzuhalten [– als Spliedt seine Feststellung machte, lag die Absage noch nicht vor, U. W. –], so mutet die Einschätzung der unternehmerischen Verhandlungs- bzw. Kompromißbereitschaft nicht eben realistisch an“; *Unternehmer . . .*, S. 128 f. An dieser wie auch an anderen Stellen ist immer wieder festzustellen, daß Schneider von der Überzeugung ausgeht, daß ein Entgegenkommen der Unternehmer gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften undenkbar ist. Ergibt sich bei unvoreingenommener Lektüre der Quellen das Gegenteil, so wird das entweder durch einen Satz wie dem

Durch den Verlauf der Diskussion im Bundesausschuß des ADGB war eine Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zunächst einmal blockiert. Die für den 15. Dezember vorgesehene Besprechung der beiden Verhandlungsdelegationen mußte abgesagt werden⁵⁴. Nur wenige Tage danach waren alle Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen endgültig dahin. Nahezu alle Vorstände der Fachverbände meldeten dem Bundesvorstand, daß sie der Vereinbarung nicht zustimmen könnten⁵⁵. Stegerwald, der Ende Januar 1931 Gewerkschaften und Unternehmer zu einer Aussprache in das Arbeitsministerium einlud, konnte von den Vertretern des ADGB bei dieser Gelegenheit nur mitgeteilt werden, „daß der ADGB bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen keine Möglichkeit sieht, den ehemaligen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung anzunehmen“⁵⁶.

Die Motive und Ziele, die die Gewerkschaftsführung in den Verhandlungen mit den Unternehmern leiteten, sind in der ausführlichen Darstellung der Diskussion im Bundesausschuß klar zu Tage getreten. Diese Feststellung kann, was die Gegenseite anbelangt, nicht getroffen werden, da über den Verlauf der Aussprachen in

obigen als „nicht realistisch“ bezeichnet oder die Quelle wird so „zurechtgebogen“, daß sie die eigene Anschauung stützt (s. Anm. 38). Dieser Vorwurf soll durch ein weiteres Beispiel, der Behandlung der beiden Rundschreiben Ottes vom 10. 12. und 15. 12. 1930, erhärtet werden. Im zuerst genannten Rundschreiben gibt Otte einen Überblick über die mit den Unternehmern ausgehandelte Vereinbarung und bezeichnet sie als „eine große Sache“. In den Rundschreiben vom 15. 12. 1930 drückt er seine Enttäuschung über die Ablehnung der Vereinbarung durch den Bundesausschuß des ADGB mit den Worten aus: „Diese Wendung der Dinge kann von unserem Standpunkt aus nur bedauert werden. Denn wenn man sich auch von der Vereinbarung nicht allzu große praktische Wirkung versprechen konnte, so bedeutet sie, abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung, doch auch praktisch einen Vorteil für die Gewerkschaften. Es ist in solchen Zeiten für den Schwächeren immer vorteilhafter, sich mit einzuschalten. Ferner darf man die stimmungsgemäßen und psychologischen Wirkungen solcher Vereinbarung, die ohne Zweifel gerade in dieser Zeit im In- und Auslande günstig gewesen wären und den Kredit der deutschen Wirtschaft gestärkt hätten, nicht außer acht lassen.“ BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte. Wer sich über diese beiden Schreiben bei Schneider, Unternehmer . . . S. 128, informiert, erfährt kein Wort darüber, daß Otte das Scheitern der Einigungsbemühungen bedauerte und auch noch am 15. 12. 1930 die mit den Unternehmern erzielte Übereinkunft positiv beurteilte, sondern gewinnt vielmehr den Eindruck, daß auch Otte am 15. 12. 1930 nicht mehr allzu viel von der Vereinbarung hielt. Denn Schneider faßt die beiden Rundschreiben in dem schlichten Satz zusammen: „Auch Otte, der noch am 10. 12. die erwartete Übereinkunft als eine ‚große Sache‘ bezeichnet hatte, räumte am 15. 12. 1930 ein, daß ‚man sich von der Vereinbarung nicht allzu große praktische Wirkung versprechen konnte.“ Das Vorgehen Schneiders in diesem Fall ist besonders deshalb anfechtbar, weil er den Leser über den Inhalt der Vereinbarung nicht unterrichtet, aber bei diesem unterschwellig ein negatives Urteil über die Vereinbarung erzeugt.

⁵⁴ Kastl an Reusch vom 15. 12. 1930, HA/GHH, 400101220/10a.

⁵⁵ Protokoll der 11. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 10. 3. 1931: Erklärung Leiparts, WwIG.

⁵⁶ Brauweiler an die Mitglieder des Vorstandes der VDA vom 3. 2. 1931, Nachlaß Silverberg 458.

den Vorständen des RDI und der VDA keine Protokolle gefunden wurden. Zur Aufhellung der Frage, warum die Unternehmer in einer für sie machtpolitisch günstigen Situation an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften interessiert waren und diesen alles in allem beträchtliche Zugeständnisse machten, bleibt daher nur der Versuch übrig, nach Hinweisen zu suchen, aus denen womöglich eine Erklärung für das Verhalten der Industrieverbände gegeben werden kann.

Da ist einmal das Verhältnis zwischen „Industrie“ und „Landwirtschaft“ zu berücksichtigen, das sich gerade in diesen Wochen auf einem Tiefpunkt befand, so daß es Reichspräsident von Hindenburg für notwendig erachtete, zwischen beiden Seiten zu vermitteln⁵⁷. Ursache des Konfliktes war das Bestreben der landwirtschaftlichen Organisationen, mit allen Mitteln weitere Zollerhöhungen durchzusetzen, die den industriellen Spitzenverbänden unannehmbar erschienen, da sie das Handelsvertragssystem des Deutschen Reiches und damit die Exportaussichten zahlreicher Wirtschaftszweige auf das Nachhaltigste bedrohten⁵⁸. Die Zollwünsche der „Landwirtschaft“ stießen auch bei den Gewerkschaften auf scharfe Kritik, da sie zu Recht eine Verteuerung vieler Lebensmittel und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit befürchteten. An einigen Stellen der Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmern kommt klar zum Ausdruck, daß sie u. a. gegen die Landwirtschaft gerichtet war. So vor allem in der Forderung, daß die „berechtigten Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“ dem Preisabbau nicht entgegenwirken dürften und nur unter Berücksichtigung der handelspolitischen Erfordernisse getroffen werden könnten. Die Tatsache eines tiefgreifenden Konfliktes mit den agrarischen Verbänden allein ist allerdings noch keine hinreichende Erklärung für das Verhalten der Unternehmer; wichtigere Überlegungen, die mit dem Ausgang der Reichstagswahl vom September 1930 zusammenhängen, kamen hinzu.

Im Gegensatz zu den Erwartungen führender Industrieller endete diese Reichstagswahl mit dem ersten großen Erfolg der NSDAP und mit einer vernichtenden Niederlage der die Regierung Brüning unterstützenden Parteien, denen der größte Teil der finanziellen Wahlhilfen der Großindustrie zugute gekommen war⁵⁹. Trotz der Wahlniederlage für die Reichsregierung vertraten der gesamte Vorstand des RDI und auch einflußreiche Mitglieder der Ruhrlade⁶⁰ übereinstimmend die Auffassung, daß die Regierung im Amt bleiben, ihr Reformprogramm durchführen und dabei die Unterstützung der Unternehmerorganisationen erhalten müsse⁶¹.

⁵⁷ Aufzeichnung Meissners über eine Besprechung Hindenburgs mit Vertretern des RDI vom 12. 12. 1930, ZStA, Präsi 331/Bl. 180–182; Aufzeichnung Meissners über eine Besprechung Hindenburgs mit Vertretern der Grünen Front vom 17. 12. 1930, ebenda Bl. 185–188.

⁵⁸ Rundschreiben des RDI vom 10. 12. 1930, Nachlaß Silverberg 365.

⁵⁹ Zur Parteifinanzierung im Wahlkampf 1930: Blank an Reusch vom 23. 7. 1930 und Blank an Springorum vom 29. 7. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

⁶⁰ Über die Ruhrlade informiert Henry Ashby Turner jr., *Die „Ruhrlade“, Geheimes Kabinett der Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, in: ders., *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Göttingen 1972, S. 114–156.

⁶¹ Zur Haltung des RDI: Vermerk Pünders über ein Telefongespräch mit Kastl vom 15. 9. 1930, BA, R 43 I/1308. In diesem Telefongespräch teilte Kastl Pünder mit, daß Duisberg, Fro-

Zwei Beispiele sollen illustrieren, daß das Kabinett Brüning in den folgenden Wochen auch tatsächlich Hilfestellung von Unternehmerseite erhielt. So faßten die Mitglieder des Kohlensyndikats am 16. Oktober den Beschluß, in eine vorzeitige Senkung der Kohlenpreise einzuwilligen, um damit die Position Brünings für die in diesen Tagen stattfindende Reichstagssitzung zu stärken⁶². Kurz darauf erfolgte ein Vorstoß Albert Vöglers, Vorstandsvorsitzender des Stahlvereins und Mitglied der Ruhrlade, sowie einiger seiner Kollegen, der zur Verbreiterung der politischen Basis der Reichsregierung dienen sollte. In einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der DNVP, Alfred Hugenberg, legten sie diesem „die Wirtschaftslage Deutschlands in ihrer ganzen Bedrohlichkeit für die ersten Wirtschaftskonzerne und Banken“ dar und forderten ihn – allerdings vergeblich – auf, „sich der Regierung Brüning ohne politische Bedingungen zur Verfügung zu stellen“⁶³.

Daß selbst an der Entscheidung der großen Mehrzahl der Schwerindustriellen, die mit ihrer politischen Einstellung am rechten Flügel im Unternehmerlager angesiedelt waren, für das Kabinett Brüning vorerst nicht zu rütteln war, erfuhr auch Hitler, als er im Herbst 1930 Fühlung mit verschiedenen Vertretern der Ruhrindustrie suchte. Der Führer der NSDAP hinterließ zwar bei einigen Gesprächspartnern einen starken Eindruck, der ihm auch erste Einflußmöglichkeiten innerhalb des Bergbaulichen Vereins eröffnete⁶⁴; es gelang ihm jedoch nicht, die gegenüber seiner Partei im großen und ganzen vorherrschende Skepsis zu überwinden⁶⁵.

weil, Kraemer, Müller-Oerlinghausen, Max Warburg und Silverberg übereinstimmend der Auffassung seien, daß die Regierung ihr Reformprogramm im Reichstag verankern müsse. Zum Abschluß des Gesprächs wandte sich Kastl gegen die Auffassung, daß die politischen Geschäfte auch in Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten geführt werden könnten. Wenige Tage später führte Kastl vor dem Vorstand des RDI – ohne daß sich dagegen Widerspruch erhob – folgendes aus: „Wenn nun eine koalitionsmäßige Grundlage für die Weiterarbeit im Reichstag oder für einen Neuaufbau der Regierung nicht gegeben ist, so bleibt an sich gar keine andere Möglichkeit, als mit der gegenwärtigen Regierung, die durch die Wahlen in eine hoffnungslose Minorität geraten ist, einen weiteren Versuch zu machen.“ BA/BL, RDI, 62/10.4d. – Zur Haltung der Ruhrlade siehe Anm. 62.

⁶² Während der Sitzung vom 15. 10. 1930 hatten sich innerhalb der Ruhrlade nur Silverberg und Fickler dafür ausgesprochen, der Regierung Brüning aus politischen Gründen mit der vorgezogenen Preissenkung entgegenzukommen. Einen Tag später schloß sich auch Klöckner nach einer Aussprache mit anderen Industriellen dieser Auffassung an; Haniel an Reusch vom 15. 10. 1930, HA/GHH, 4001012000/3a; Lübsen an Reusch vom 16. 10. 1930, HA/GHH, 4001012003/24.

⁶³ Vermerk Pünders vom 26. 11. 1930, BA, R 43 I/1021.

⁶⁴ Der Bergbauliche Verein erklärte im Herbst 1930 seinen Austritt aus dem RDI. Vorliegenden Informationen zufolge ging dieser Entschluß u. a. auf die Einwirkung Hitlers zurück: Reichert an Schlenker vom 4. 12. 1930, BA, R 13 I/602. Vgl. auch Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1935, Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII (1973), S. 417 f.

⁶⁵ Nur wenig Ruhrindustrielle schlossen sich schon in dieser Zeit der NSDAP an, siehe Dirk Stegmann, Großindustrie . . . , S. 417 f. Dagegen liefen nun allerdings schon die Versuche an, langfristig eine Annäherung von „Industrie“ und NSDAP herbeizuführen; Haniel an Reusch vom 15. 10. 1930, HA/GHH, 4001012000/3; siehe auch Dirk Stegmann, Großindustrie . . . , S. 417 ff.

Auf einer Versammlung, die Ende November 1930 „die führenden Herren“ des Ruhrreviers mit Hitler zusammenführte, äußerte sich Ernst Poensgen, selbst Mitglied der Ruhrlade, „sehr deutlich gegen Adolf“ und ließ an der Unterstützung der Regierung Brüning durch die „Industrie“ keinen Zweifel⁶⁶.

Angesichts der hier skizzierten Einstellung der führenden Unternehmer zum Kabinett Brüning und zur NSDAP am Ende des Jahres 1930 und der tatsächlich in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften gezeigten Kompromißbereitschaft gewinnen die Aussagen einer schon länger bekannten Aufzeichnung, die Brüning am 15. 12. 1930 in den Geschäftsgang der Reichskanzlei gab, an Bedeutung⁶⁷. In ihr heißt es: „Es faßt . . . der Gedanke Wurzel, daß der Sturz der Regierung Brüning oder die Bildung einer Regierung mit Einschluß der Nationalsozialisten Staat und Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruches führen werden, an dessen Aufrechterhaltung die SPD (als politische Partei für die Arbeitnehmer) in diesem Augenblick ebenso interessiert ist, wie die Industrie und die Finanz. Auch diese Kreise wissen mit wenigen Ausnahmen, daß einer Regierung mit Einschluß der Nationalsozialisten der ausländische Kredit gesperrt wird, daß die Auftragseingänge sich vermindern werden, die Vermögenssubstanz gefährdet und uneinbringliche Verluste herbeigeführt werden würden. . . . Das Kapital, das bisher nur von einem Gedanken – dem Kampf gegen den Sozialismus – beherrscht war, sieht im gegenwärtigen Augenblick die Sicherheit seines Besitzes in der Zusammenarbeit mit der SPD“ und, wie man ergänzen darf, den Gewerkschaften⁶⁸ „mehr gewährleistet als in einer nationalsozialistischen Regierung.“

Die durch diese Ausführungen ins Licht gerückten Motive auf Unternehmerseite zeigen, daß die Verhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, jedenfalls in ihrer zweiten Phase, auch die Frage nach dem Verhältnis von „Industrie“ und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung berühren, ein Thema, das in letzter Zeit von verschiedenen Seiten behandelt worden ist⁶⁹.

⁶⁶ Reichert an Schlenker vom 4. 12. 1930, BA, R 13 I/602.

⁶⁷ BA, R 43 I/2663. Aufzeichnung veröffentlicht in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 203. Hier auch weitere Erläuterungen über das Schriftstück.

⁶⁸ Als Beleg sei hier die Äußerung Graßmanns vor dem Bundesausschuß des ADGB am 15. 12. 1930 genannt, mit der er auf den Zusammenhang von Verhandlungsbereitschaft und Zugeständnissen der Unternehmer und die Schädigung der Wirtschaft durch den Wahlausgang vom September hinwies, WwIG (Anm. 52).

⁶⁹ Aus marxistischer Sicht z. B. von Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Köln 1972. Aus nichtmarxistischer Sicht z. B. von Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972. Beide Autoren haben interessantes neues Quellenmaterial erschlossen, ihre Interpretationen können indessen kaum befriedigen. Czichon bleibt letztlich der Agententheorie verhaftet, und Turner schätzt die Verantwortung der deutschen Großindustrie für die Machtergreifung zu gering ein. Bisher beste Darstellung, wenn auch nicht in jeder Beziehung überzeugend: Dirk Stegmann, Großindustrie . . . , passim. Ähnlich positiv über die Arbeit von Stegmann äußert sich auch Gerhard Schulz, Aufstieg . . . , S. 879, wäh-

Aus unserer Darstellung können wir zu diesem Problem folgern, daß die Mehrheit der führenden Unternehmer am Ende des Jahres 1930 noch nicht auf die nationalsozialistische Karte setzte, sondern in Anbetracht der bedrohlichen Wirtschaftslage in Deutschland um die Erhaltung des Kabinetts Brüning bemüht und bereit war, zu seiner Stützung mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Allerdings steht dahin, ob die Vereinbarung vom Dezember 1930, die die Grundlage einer Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften abgegeben hätte, nach Annahme durch den ADGB über längere Zeit tragfähig gewesen wäre. Die weitere Entwicklung in den Jahren 1931 und 1932, in denen immer größere Teile der Unternehmerschaft eine kritische und schließlich ablehnende Haltung gegenüber der Regierung Brüning einnahmen, eine Annäherung an die nationale Opposition vollzogen und einen antigewerkschaftlichen Kurs steuerten, läßt hieran zweifeln. Dessenungeachtet zeigen die hier geschilderten Verhandlungen, daß einer differenzierten Erfassung der Rolle der „Industrie“ beim Übergang der Weimarer Demokratie zur nationalsozialistischen Diktatur nicht mit allgemeinen Aussagen vereinfachender und bisweilen grobschlächtiger Faschismustheorien, sondern nur mit einer detaillierten Darstellung aller relevanten Tatbestände und ihrer gründlichen Analyse auf der Grundlage aller erreichbaren Quellen gedient ist.

rend Henry Ashby Turner jr. besonders auf ihre Mängel hinweist: Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933, Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: *Histor. Ztschr.* 221 (1975), S. 18–68.